

München, 18.12.2017

Für Bayerns Rentnerinnen fällt die Bescherung bescheiden aus

Rentenzahlungen reichen für viele Frauen nicht zum Leben – Bayernweit beziehen Frauen fast 500 Euro weniger Rente als Männer

Besorgt reagiert die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion **Ruth Müller** auf die neuesten Zahlen des Bayerischen Sozialministeriums, wonach Frauen in Bayern lediglich 57 Prozent der Durchschnittsrente von Männern erhalten. Landesweit sind das im Mittel 638,37 Euro, fast 500 Euro weniger als bei den Männern (1.120,27 Euro). „Damit lässt sich kein altersgerechtes Leben bestreiten“, warnt Müller. „Es darf nicht sein, dass ein auskömmlicher Ruhestand wesentlich vom Geschlecht abhängt.“ ([Anfrage anbei](#)) ([PDF, 666 kB](#))

Die Landshuter Abgeordnete kritisiert, dass die Familienpolitik der Staatsregierung Frauen systematisch benachteilige, indem sie sich an lebensfremden, längst überholten Rollenbildern orientiere: „Das Landesbetreuungsgeld zielt auf die Beibehaltung des Modells des männlichen Alleinernährers ab. Die Zeche zahlen im Alter dann die Frauen.“ Auf eine frühere Anfrage hatte das Sozialministerium die enormen Rentenunterschiede zwischen den Geschlechtern mit Hinweis auf den möglichen Bezug einer Witwenrente relativiert. Müller ist empört: „Anstatt die Erwerbstätigkeit und damit eine auskömmliche Rente von Frauen zu fördern, rät die Staatsregierung: ‚Heirate einen gut verdienenden Mann und hoffe, dass er früh stirbt.‘“ An einer Gleichstellung der Geschlechter sei die CSU ganz offensichtlich nicht interessiert, kritisiert Müller.

Die Politik müsse vielmehr schleunigst für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgen, um Frauen nach der Babypause eine reibungslosere Rückkehr in den Beruf zu ermöglichen und sie vor der Teilzeitfalle zu bewahren, fordert die niederbayerische Abgeordnete. „Die Familien- und Sorgearbeit der Frauen darf am Ende nicht zu einer Entwertung der Lebensleistung führen.“

Zudem trage die Entgeltungleichheit zu den geringen Renten der Frauen bei. „Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen beträgt stellenweise über 20 Prozent. Das ist unserer Gesellschaft unwürdig.“ Die SPD-Landtagsfraktion fordere deshalb gesetzliche Regelungen zur Gleichstellungen in der Wirtschaft sowie im öffentlichen Dienst. Der Freistaat Bayern müsse ein Vorbild bei der Schaffung gleichwertiger Karrierechancen sein, betont Müller. Prekäre Arbeitsverhältnisse, insbesondere in den sogenannten Frauenberufen, müssten ein Ende haben: „Frauen haben nicht nur generell seltener einen festen Job, sie arbeiten auch allzu

oft nur in Teilzeitmodellen, haben kaum Karrierechancen und verdienen weniger als ihnen zustehen würde.“ Entgegensteuern ließe sich durch bessere Angebote der Kinderbetreuung und paritätische Elternzeitmodelle.